

Juli 1987

Der barmherzige Samariter – Überlegungen zur ehrenamtlichen Sozialarbeit

Wilhelm Drühe

Ein unbekannter Palästinenser ist in die Geschichte der sozialen Hilfe eingegangen, weil ein weltbekannter Zeitgenosse ihn in einem Streitgespräch erwähnt hat: Der Samariter, der einem überfallenen und verwundeten Mitbürger zwischen Jerusalem und Jericho Erste Hilfe leistet. Dieser Weg, etwa 27 km weit und in fünf bis sechs Stunden zu bewältigen, führte hinab in die Jordansenke und war damals als gefährlich bekannt. Es muß manches Mal vorgekommen sein, daß jemand unter die Räuber fiel. Uns interessiert hier nicht, weshalb ausgerechnet ein Samariter hilft, weshalb Jesus im Streitgespräch mit jüdischen Schriftgelehrten dieses Beispiel anführt, sondern wie damals geholfen wurde: Der Hilfsbereite sieht die Not, verbindet die Wunden, versorgt sie mit Öl und Wein, einem damals verbreiteten

Pflegemittel und bringt den Verwundeten mit dem eigenen Reittier zur nächsten Herberge. Dort wird der Überfallene versorgt. Der Samariter bezahlt den Wirt mit zwei Denaren, was etwa zwei Tageseinkommen entsprach, und kündigt weitere Zahlungen bei der Rückkehr an.

Wenn ich heute einem Menschen, der auf der Straße zu Schaden gekommen ist, helfen will, dann sieht das ganz anders aus: Ich Sorge dafür, daß möglichst schnell Krankenwagen, Notarzt und Polizei benachrichtigt werden, entweder persönlich oder durch andere, die vorbeikommen – nur schnell muß es gehen. Professionelle Hilfe ist gefragt und notwendig, sie ist organisiert und wartet auf den Einsatz. Und dann läuft alles ab nach einem Einsatzplan: Ob der Hubschrauber kommt, welches Krankenhaus in Frage kommt... Ich bin überflüssig, wenn die Benachrichtigung erfolgt ist, wenn ich dem Polizeibeamten meine Angaben gemacht habe. Zum Schluß sagt er mir dann noch: „Wenn wir weitere Angaben benötigen, hören Sie von uns.“

Im Wandel der Zeiten haben sich die Hilfsmöglichkeiten entscheidend verändert: Ehrenamtliche, nicht-professionelle Hilfe ist an den Rand gerückt, wird auch nicht recht für voll genommen. Ehrenamtliche sind doch Lückenbüsser! Diese Erfahrungen wird jeder machen, der sich einmal um freiwillige, ehrenamtliche Mitarbeiter im Sozialbereich bemüht hat. Der aufmerksame und kritische Zeitgenosse wird längst bemerkt haben, daß es im System unserer sozialen Sicherung an allen Ecken und Enden knistert und daß das Kontrastprogramm der ständigen und lautstarken Forderungen nach erhöhten Zahlungen, nach Vermehrung der Planstellen und nach Einrichtungen neuer Versorgungseinrichtungen eine realistische Lagebeurteilung verhindert. Dies ist das Feld der Polit-Emotionen: gegen Notlagen kann man wenig sagen, wenn man sich nicht schlimmen Verdächtigungen aussetzen will. Dabei hat man es dann auch mit dem



Ernst Barlach, Barmherziger Samariter

eigenartigen Phänomen zu tun, daß soziale Leistungen jeder Kosten-Nutzen-Rechnung entzogen zu sein scheinen, daß diese von den meisten Bundesbürgern als kostenlos oder wenigstens besonders preiswert angesehen werden und daß eine Binsenwahrheit im sozialen Bereich nur schwach bewußt ist, daß allen Ausgaben Einnahmen gegenüberstehen müssen. Wenn ich eine vierstufige Lagebeurteilung versuche, dann möchte ich mit dem Geld beginnen:

Die Grenzen des Sozialstaats

Unsere Bundesrepublik ist heute – immer noch! – ein Wohlfahrtsstaat, der seinesgleichen in der Welt sucht. In Alter und Krankheit, bei Invalidität und Arbeitslosigkeit helfen und schützen kollektive Systeme. Wir wollen nicht die Schwachstellen in diesem System verkennen und übersehen, wir sollten uns aber im Vergleich zu anderen Staaten dieser Erde sehen und beurteilen. Die Sozialleistungen haben sich erheblich gesteigert mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik, in der wir nach einem verlorenen Krieg und unsagbaren Zerstörungen mit 40 DM anfangen, als die Währungsreform neue Weichen für die Zukunft stellte. Die Sozialleistungen betrugen 1950 je Kopf der Wohnbevölkerung DM 1030,- (nach heutigem Geldwert). Im letzten Jahr, 1986, waren es DM 10 350,-, also ein verzehnfachter Betrag, obwohl sich in diesem Zeitraum das Bruttosozialprodukt, also der Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen, nur vervierfacht hatte. Das Nettoarbeitsentgelt hat sich von 1950 bis 1986 nur verdreifacht – aber nochmals: Die Sozialleistungen haben sich verzehnfacht! Das Sozialbudget der Bundesrepublik machte 1950 ein Sechstel des Bruttosozialproduktes aus, 1970 bereits ein Viertel und 1986 32,2% bei einer Staatsquote von 47,5%, das ist der Anteil der öffentlichen Haushalte am Bruttosozialprodukt.

Wenn heute Forderungen nach Einsparungen erhoben werden, dann wird zu schnell vergessen, daß bereits Anfang der 80er Jahre unter der SPD/FDP-Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt in Teilbereichen des Sozialsystems Leistungskürzungen vorgenommen worden, geplante und notwendige Anpassungen (z.B. bei den Renten) verschoben werden mußten. Daß von Finanzmaßnahmen im Sozialbereich fast alle Bundesbürger, die Arbeitsentgelt erhalten, unmittelbar betroffen sind, machen sich die wenigsten klar – sowohl von Beibehaltung und Ausbau des „sozialen Netzes“, als auch von Einschränkungen und Abbau.

Der Durchschnittsverdiener des Jahres 1986 hat nur noch 57,5% des Arbeitseinkommens zur freien Verfügung. Zu den DM 3100,- kommen DM 550,- als Sozialabgaben des Arbeitgebers. Dem Brutto von DM 3650,- steht ein Netto von DM 2100,- gegenüber. Die Hälfte des Einkommens dient heute der Finanzierung kollektiver Aufgaben. In den letzten zehn Jahren sind zwei Drittel der Einkommenszuwächse durch steigende Steuern und Abgaben aufgezehrt worden.

Bis Mitte der 70er Jahre gab es für den Sozialstaat keine Probleme: Er konnte aus dem Vollen schöpfen,

das waren die sieben „fetten Jahre“ in einem etwas längeren Zeitraum. Überall gab es Steigerungen: Von 1950 bis 1975, in fünfundzwanzig Jahren, verdreifachten sich die Nettoarbeitseinkommen, ebenso die Sozialhilfe, die Renten versechsfachten sich. An die „mageren Jahre“ wollte niemand denken: Im Ägypten des Alten Testaments war es eben anders! Der Umschwung kam, als der weiter expandierende Sozialstaat kleiner werdenden Wachstumsraten gegenüberstand. Der Vollversorgungsstaat, von dem man geträumt hatte, ist sicher am Ende. Aber bevor man an Ehrenamtliche als billige Sozialkräfte, als Reservearmee für knappe Sozialkassen denkt, muß ein Umdenken erfolgen – in den Sozialorganisationen und -apparaten ebenso wie bei den politisch Verantwortlichen, denen Ankündigungen und Forderungen im Sozialbereich unverantwortlich leicht über die Lippen kommen.

Der demographische Wandel

Eine Lagebeurteilung wird neben der Finanzierung des Sozialen Bereichs vor allem die Bevölkerungsentwicklung beobachten müssen. Um die Jahrhundertwende war der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung wie ein „Tannenbaum“, unten breit und nach oben hin gleichmäßig zulaufend zu einer Spitze, ein Geburtenüberschuß sorgte für ein ständiges Nachwachsen der Basis. Aus dem „Tannenbaum“ wird mehr und mehr ein „Laubbaum“ mit einem Stamm und einer üppigen Krone: Die Zahl der Kinder und der Jugendlichen nimmt deutlich ab, die Zahl der Erwerbstätigen hält sich noch, die Zahl der Rentner nimmt zu.

Hochrechnungen für die Bundesrepublik nehmen folgende Entwicklung an:

	unter 20 J.	20-60 J.	über 60 J.
1985	22,8%	55,1%	21,1%
1990	20,0%	58,3%	21,7%
2000	20,1%	56,0%	23,9%

Etwas anderes verschärft noch im Blick auf soziale Versorgung und Betreuung diese Entwicklung: Immer mehr Menschen leben in der Bundesrepublik in „Ein-Personen-Haushalten“. Der Anteil dieser Haushalte an der Gesamtzahl aller Haushalte stieg von 19,4% im Jahre 1950 auf 33% im Jahr 1985. Lebte 1950 nur jeder Fünfte allein, so war es 1985 bereits jeder Dritte – und die Entwicklung geht weiter. In großen Städten sind es bereits 40%, in Berlin sogar 53% der Wohnbevölkerung. Darin zeigt sich eine veränderte Orientierung bei Jüngeren, aber auch die Auswirkung des geänderten Bevölkerungsaufbaus.

Mehr alte Menschen bedeuten auch mehr Menschen, die Pflege und Betreuung benötigen, bei älteren Menschen nimmt die Pflegebedürftigkeit altersbedingt zu: Drei Prozent der Gesamtbevölkerung sind pflegebedürftig, 30% der Achtzigjährigen.

Gleichzeitig mit der längeren Lebenserwartung sinkt die Zahl der Bundesbürger, die für die nicht mehr Erwerbsfähigen bezahlen müssen und die zur Pflege zur Verfügung stehen: 1950 kamen auf einen pflege-

bedürftigen Menschen im Alter von 65 Jahren 64 Personen zwischen 20 und 65 Jahren, 1985 waren es nur 31 Personen, im Jahre 2000 werden es nur noch 26 sein – und nach den Hochrechnungen für 2030, also in etwa 50 Jahren, kommen auf einen 65jährigen, der gepflegt werden muß, 15 Bundesbürger im Alter von 20 bis 65 Jahren, wenn die gegenwärtige Entwicklung anhält.

Deshalb stellt der Berliner Senator für Gesundheit und Soziales, Ulf Fink, mit Recht fest: „Die große Herausforderung des demographischen Wandels heißt also nicht nur: Wer wird die Renten der Zukunft finanzieren, sondern: Wer wird auf welche Weise die Rentner der Zukunft betreuen und versorgen, wenn sie Hilfe brauchen?“ Zwei Lösungen versagen sicherlich: Die eine ist die bereits erwähnte Verwendung von Ehrenamtlichen als soziale Reservetruppen, die andere ist die Forderung nach steigenden Staatszuschüssen.

Bürokratisierung und Zentralisierung der Sozialarbeit

Eine Lagebeurteilung wird schließlich auch die Möglichkeit der bestehenden Sozialeinrichtungen kritisch befragen müssen: Etwa 600 000 hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bei den Wohlfahrtsverbänden beschäftigt. Zusammen mit den öffentlichen Einrichtungen der Kommunen, Kreise und Länder sowie des Bundes sorgen sie für die Sozialarbeit der Bundesrepublik. Sie haben eine Geschichte, die etwa aus den Kirchengemeinden oder aus der Gewerkschaftsbewegung heraus, aus dem Engagement einzelner oder Gruppen organisierte Sozialhilfe entstehen ließ. Professionalisierung bedeutet auch den Ausschluß der Ehrenamtlichen, Isolierung der Arbeitsbereiche. Hinzu kamen Bürokratisierung und Zentralisierung. Soziale Fachbereiche entstanden, in denen Fachfrauen und Fachmänner das Sagen haben. Versuchen Sie doch nur einmal einen engagierten Laien in diesen Sozialinstitutionen unterzubringen, eine Tätigkeit zu vermitteln, die ihn sinnvoll ausfüllt! Und noch eine andere Beobachtung: Der Hauptberufliche muß doch auch befürchten, daß diese Ehrenamtlichen eines Tages den Träger der Sozialeinrichtung auf die Idee bringen könnten, Mittel einsparen zu können und in Zukunft die Sozialarbeit verstärkt durch Ehrenamtliche ausüben zu lassen. Bevor Ehrenamtliche jenseits von reinen Lückenbühler-Aufgaben sinnvoll eingesetzt werden, muß eine selbstkritische Analyse der Aufgabenstellung und -verteilung in unseren Sozialeinrichtungen und -organisationen erfolgen. Eine Organisationsform, die sehr stark Behördencharakter hat, wird es sicher schwer haben, sich auf neue Aufgaben einzustellen. Die verständliche Neigung, Besitzstandswahrung zu pflegen, kann zu Trugschlüssen führen; denn die öffentlichen Mittel sind keine bleibende Garantie angesichts der Entwicklung der Staatsfinanzen.

Anspruchs- und Versorgungsdenken

Beim vierten und letzten Schritt meiner Lagebeurteilung gebe ich mich noch mehr als beim dritten auf gesellschaftspolitisches Glatteis. Den Anstoß gab ein Wort von John F. Kennedy: „Frage nicht, was die Gemeinschaft für Dich tun kann, frage vielmehr, was Du für die Gemeinschaft tun kannst!“ Unsere soziale Versorgung ist sicher sehr stark vom Anspruchs- und Versorgungsdenken geprägt worden: Das hat eine positive, aber auch eine negative Seite, wobei letztere zu einer fragwürdigen Sozialkultur geführt hat. Das Positive sehe ich darin, daß im Sozialbereich nicht mehr Almosen ausgeteilt werden, wie es in früheren Zeiten etwa kirchlicher Mildtätigkeit verbreitet war, Es gibt – Gott sei Dank! – einen rechtlichen Anspruch auf soziale Hilfe. Manchmal würde ich mir etwas weniger Herablassung bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialbereich wünschen!

Die negativen Einflüsse zeigen sich sicher darin, daß das in vielen Teilbereichen vorherrschende Anspruchsdenken auch in der sozialen Versorgung und Betreuung verbreitet ist. Es wird gefördert und ideologisiert durch politische Parolen, die den Staat zum All-Versorger machen wollen. Der passiv versorgte Mensch entspricht kaum dem Menschenbild der Bibel und der darin enthaltenen Offenbarung. Ob nicht der aus anderen Gründen notwendige, verstärkte Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitern dem, der soziale Hilfe benötigt, dies besser verdeutlichen kann, als es durch hauptberufliche Sozialversorger geschieht?

Damit kommen wir nach der Lagebeurteilung zu der Frage nach verbindlichen Kriterien für unser Problem.

Subsidiarität

Die bisherigen Überlegungen gingen von gesellschaftlichen Veränderungen aus, die die bisherige Ordnung des Sozialbereiches in Frage stellen und nach neuen Organisationsmöglichkeiten unter Ein-schluß des verstärkten Einsatzes Ehrenamtlicher fragen. Wenn auch Defizite kaum zu positiven Möglichkeiten führen, wenn nicht positive Impulse vorhanden sind, so ließe sich in dieser Situation ein Prinzip der sozialen Ordnung in Erinnerung rufen, das in den letzten Jahrzehnten in Vergessenheit geraten zu sein scheint – die katholische Lehre nennt es SUBSIDIARITÄTSPRINZIP. Der evangelische Theologe wird sofort betonen, daß das Naturrecht für ihn nicht diese Geltung hat wie in der katholischen Kirche, daß es für ihn nicht diese Prinzipien der Gesellschaft – neben der Subsidiarität gibt es die Solidarität in der katholischen Soziallehre – aus der Offenbarung, enthalten in der Bibel, geben kann. Er wird aber nicht verschweigen können, daß dieses SUBSIDIARITÄTSPRINZIP sich in der praktischen Sozialarbeit bewährt hat, daß es die Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik bestimmt hat und daß auch die evangelischen Abge-

ordneten zugestimmt haben und im diakonischen Bereich der evangelischen Kirche danach gearbeitet wird.

„Subsidiarität“ meint Hilfeleistung und stellt die Frage nach der Zuständigkeit zur Hilfeleistung: WER, WELCHE INSTANZ HAT HELFEND EINZUGREIFEN? Das SUBSIDIARITÄTSPRINZIP besagt nun, daß die Hilfe am hilfreichsten ist, die das eigene Tun des Menschen, seine Mitwirkung am meisten einbezieht und fördert, diese am wenigsten beiseite schiebt oder sogar ausschließt. Nach aller Menschheitserfahrung sei das die Hilfe durch den, der dem Hilfsbedürftigen am nächsten steht. Man spricht deshalb – nicht nur im Sozialbereich – von dem Recht der kleinen Lebenskreise: Was diese leisten können, darf ihnen nicht unter dem Vorwand, die größere Organisation leiste die Aufgabe perfekter. Der Volksmund fand übrigens, längst bevor ein katholischer Gelehrter den Ausdruck SUBSIDIARITÄT dafür erfand, den Spruch „Die Kirche nicht aus dem Dorf tragen.“ Übrigens hat der große US-Präsident Abraham Lincoln dieses Prinzip als politisches verkündet, als er sagte: „Die Legitimation einer Regierung besteht darin, für eine Gemeinschaft von Menschen das zu tun, was sie braucht, aber überhaupt nicht oder nicht ebensogut aus eigenen Kräften tun kann. In alles, was das Volk ebensogut für sich selbst tun kann, sollte die Regierung sich nicht einmischen.“

Leider hat man dieses SUBSIDIARITÄTSPRINZIP bisher überwiegend auf den staatlichen Bereich angewandt oder bei Ansprüchen gegenüber staatlichen Förderungen angeführt. Auch die Sozialeinrichtungen, vor allem in kirchlicher Trägerschaft, müßten sich daran orientieren: es besagt doch, daß die einzelne Person, ob hilfsbedürftig oder nicht, soviel Freiheit wie möglich, soviel Bindung wie nötig haben sollte. Und daraus folgert auch: Soviel freie Gesellschaft wie möglich, soviel Organisation und Staat wie nötig, um den kleineren, bürgernahen Einrichtungen Hilfe und Versorgung zu ermöglichen.

Dieses SUBSIDIARITÄTSPRINZIP spricht für den Ehrenamtlichen, gegen die Vollversorgung durch den hauptberuflichen Professionellen, der Vertreter einer Großorganisation ist. Oswald von Nell-Breuning, der bedeutende katholische Theologe, spricht in diesem Zusammenhang von der „fruchtbaren Beschränkung“, damit eine größtmögliche Entfaltung der einzelnen Persönlichkeit und der kleineren Einheit erreicht werden kann.

Damit kein falscher Gegensatz aufkommt: Es geht hier nicht um die Alternative im Blick auf Professionalität – also nicht Laie gegen Fachmann, sondern um die Frage der Organisation und des Organisierens bürgernaher Hilfe.

Notwendige Konsequenzen

Abschließend formuliere ich einige Anregungen zur Verwirklichung des Programms sozialer Arbeit, das sich aus der Lagebeurteilung und den Kriterien des

SUBSIDIARITÄTSPRINZIPS ergibt, wobei ich vorausschicken möchte, daß ich meine Aufgabe in der Angabe einer Wegrichtung, einer Zielrichtung sehe.

- Die wichtigste Aufgabe bestehender Sozialeinrichtungen sollte darin bestehen, ehrenamtliche Mitarbeiter zu organisieren. Ehrenamtliche sind nicht Lückenbüßer, sondern notwendige Mitarbeiter in der Sozialarbeit.
- Freiwillige Arbeit ist keine bezahlte Erwerbsarbeit. Weshalb sollten nicht aber Aufwandsentschädigungen gezahlt werden, damit der freiwillige Helfer nicht unzumutbare Kosten bestreiten muß? Hier müßte die Starrheit üblicher Vergütungsordnungen aufgegeben werden.
- Senator Fink schlägt eine Anrechnung freiwillig geleisteter Pflegejahre in der Rentenversicherung (Analog zum Erziehungsjahr) vor. Einmal müßten ehrenamtliche Tätigkeiten in unserer Gesellschaft aufgewertet werden, zum anderen sieht er eine Motivation darin, daß das Erbringen von Pflegeleistungen einen Anspruch auf solche Leistungen in der Zukunft begründen würde.
- Auch wenn es unpopulär wirkt: Weshalb sollte es nicht ein obligatorisches SOZIALES JAHR für alle geben, wenn die soziale Versorgung dies erfordert? Die Entwicklung des ZIVILDienstes als eine Art „Ersatzdienst“ hat letztlich in eine Sackgasse geführt, weil die Alternative zum Wehrdienst im Vordergrund stand. Daß junge Frauen einbezogen werden müßten, ist eine längst überfällige Selbstverständlichkeit!

Finanzielle Entwicklungen und demographische Notwendigkeiten zwingen zur grundlegenden Veränderung im Sozialbereich, weil überholte Arbeits- und Organisationsmodelle versagen. Nutzen wir die Chance: Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gefragt und keine Lückenbüßer!

Aus dem Inhalt

Der barmherzige Samariter	1
Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion	5
Positionsbeschreibung: Evangelische Kirche in der Diskussion mit Staat und Politik	8
Aids und Kirche	12
Aids und die christliche Ethik Zehn Thesen	13
Mensch und Umwelt	15
Aus unserer Arbeit	16

Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion – Brauchen wir eine neue Ostdenkschrift?

Unter dem Titel „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion“ erschien vor wenigen Wochen eine Thesenreihe, herausgegeben von den Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe, die eine Fortsetzung der in dem Sammelband „Brücken der Verständigung. Für ein neues Verhältnis zur Sowjetunion“ bereits vorgetragenen Überlegungen ist, die auf die Formulierung einer zweiten „Ostdenkschrift“ abzielt. Zu den 8 Thesen mit dem Untertitel „Herausforderung zur Umkehr“ nehmen im folgenden der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister Albrecht Martin, und der Vorsitzende der Kammer der EKD für Öffentliche Verantwortung, Professor Dr. Trutz Rendtorff, Stellung.

Entscheidung für die Freiheit Albrecht Martin

Die vorgelegten 8 Thesen „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion“ bedeuten im Kern ein anderes Verständnis von Schuld, soweit sie im politischen Verhalten ihren Grund hat, die Umsetzung einer geschichtstheologischen Deutung der Vergangenheit in Geschichtsschreibung, eine Relativierung unseres Verständnisses von Freiheit und die Forderung, alle aus der Politik der UdSSR im letzten halben Jahrhundert gewonnenen Erfahrungen außer acht zu lassen.

Wer sich heute auf eine Auseinandersetzung mit den in den Thesen deutlich werdenden Überzeugungen einläßt, tut gut daran, sich gegen Fehlinterpretationen abzugrenzen. Um es mit aller möglichen Deutlichkeit hervorzuheben: Hitler hat den Krieg gegen die Sowjetunion entfesselt, er hat ihn als Vernichtungskrieg geführt, ungezählte Deutsche sind an Menschen der Sowjetunion schuldig geworden und unser Volk ist dem nicht in den Arm gefallen, sondern hat den Na-

tionalsozialismus und insbesondere den Krieg gegen die Sowjetunion mit zeitweise fast einmütiger Zustimmung mitgetragen. Und natürlich müssen wir den Zusammenhang zwischen diesem Angriff auf die Sowjetunion und der Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihrer Heimat und der Teilung unseres Volkes sehen.

Das ist auch unter seriösen Wissenschaftlern, unter verantwortlich denkenden Politikern und unter Christen ganz unbestritten. Aber was als Ausdruck der Schuldeinsicht des Christen oder der Gemeinde richtig und auch vollständig ist, das genügt eben zum Verständnis der Vergangenheit und der sich daraus ergebenden politischen Lage nicht. Und da die Thesen ja politische Wirkung erzielen wollen, müssen sie sich mit der politisch relevanten Entwicklung auseinandersetzen. Zum Bekenntnis von Schuld, die wir gegenüber den Russen auf uns geladen haben, gehört nicht der Hinweis auf deren Verhalten und auf das ihrer Regierung. Der Historiker und der die gewonnenen Erfahrungen nutzende Politiker können nicht daran vorbeigehen, daß dem Hitler-Stalin-Pakt bei der Beurteilung der jüngeren Geschichte eine Schlüsselbedeutung zukommt, daß die Sowjetunion im Verlauf des Krieges die Völker Ost-Mitteleuropas und die Donauländer zwar vom Nationalsozialismus befreite, aber ihnen das Selbstbestimmungsrecht brutal verweigerte, daß die Durchsetzung des bolschewistischen Systems in Rußland und in den anderen Ländern Millionen Leben oder Freiheit kostete. Das zu sagen rechtfertigt niemanden, weder unser Volk noch viel weniger den Nationalsozialismus, es bedeutet auch kein Aufrechnen oder Verdrängen von Schuld; aber wer Vergangenheit und Gegenwart verstehen will, kann nicht daran vorbeigehen.

Die Verfasser der Thesen brauchen das alles zur Beurteilung der politischen Problematik nicht, denn

die zwischen Ost und West bestehende Spannung hat für sie im wesentlichen zwei Ursachen: die Schuld des deutschen Volkes am Vernichtungskrieg gegen die Völker der Sowjetunion und die antikommunistische Grundhaltung heute. Daß es einen religiös überhöhten Antikommunismus gibt, der sich auf der Seite des Lichtes gegen die Finsternis sieht, trifft für Teile der Bevölkerung der USA, nicht aber für die deutschen Landeskirchen zu. Es muß hinzugefügt werden, daß die gleiche Haltung die Amerikaner zum Kampf gegen den Nationalsozialismus trieb.



Picasso, Colombe bleue

Aber in den Thesen geht es nicht nur um solchen Antikommunismus, sondern im Grunde um jede prinzipielle Gegnerschaft gegen Kommunismus. Dem entsprechend soll das bei uns verbreitete Bild vom Kommunismus weitgehend auf den Erfahrungen der deutschen Soldaten und der ostdeutschen Bevölkerung beruhen, die sich zur Verdrängung der eigenen Schuld verfestigt hätten. Aber kann man die Ermordung ungezählter Geistlicher der russischen Kirche wirklich damit begründen, daß die russische Kirche eine Stütze des Zarenregimes gewesen sei?

Hier jedenfalls dienen solche historischen Erklärungen dazu, das Bild des Kommunismus aufzuhebeln, ein Verfahren, das man bei der Darstellung der Schuld der Deutschen strikt ablehnt. Von daher verwundert es auch kaum noch, daß man von „restriktiven Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung in Polen oder (der) ungelösten Lage in Afghanistan“ sprechen kann.

Menschenrechte – unterschiedlich definierbar?!

Nun verschweigen auch die Thesen nicht, daß es im Sowjetbereich Menschenrechtsverletzungen gibt, aber sie werden in zweifacher Weise relativiert: einmal durch den Hinweis auf Mängel bei uns und auf Bündnisse mit Diktaturen, zum anderen dadurch, daß die „neuzeitliche, aus der westlichen, liberalen Tradition stammende Menschenrechtsvorstellung“ grundsätzlich hinterfragt wird. Unter der Hand wird dabei die Tatsache, daß „Achtung und Schutz der Menschenrechte in unserer Gesellschaft als selbstverständliche Gegebenheit“ gelten, zum Vorwurf; denn es „droht an die Stelle einer dynamischen Menschenrechtsvorstellung, die auf die Verwirklichung von 'mehr Menschlichkeit' gerichtet ist, eine statische zu treten, die als gesellschaftlicher Wert verteidigt und gegenüber anderen Konzeptionen abgegrenzt wird“. Entscheidend ist, daß „es einen eigenständigen Zugang zu den Menschenrechten von den Voraussetzungen sozialistischer Gesellschaften her gibt. Hier steht nicht der Anspruch auf die individuellen Freiheitsrechte im Vordergrund, sondern auf die Rechte auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichheit und Teilhabe“. (Seite 46)

Wenn ich ein solches Verständnis der Menschenrechte neben dem in unserer Verfassung vorausgesetzten grundsätzlich akzeptierte, dann verliert der Begriff der Menschenrechte für politisches Handeln jede Relevanz. Ob es freie Meinungsäußerung gibt, ob freie Wahlen, ob Rechtssicherheit, ob Eigentumsrecht, ob das Recht auf wirklich freie Religionsausübung, das ist zur Beurteilung der Verhältnisse in der Sowjetunion dann ohne entscheidenden Belang, denn es geht ja um „die Rechte auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichheit und Teilhabe“.

Und dieses Menschenrechtsdenken soll „dem christlichen Verständnis des Menschen als Person in menschlicher Gemeinschaft in vielem näher (stehen) als die bürgerlich-liberale Anschauung von individueller Freiheit“.

Die Thesen fragen nicht, ob das dem Grundgesetz entsprechende Menschenbild das hier unterstellte überhaupt ist; wie ja überhaupt die Verhältnisse in der freien Welt in einer Weise verzeichnet werden, wie die Verfasser der Thesen es der großen Mehrheit unseres Volkes im Blick auf die UdSSR zum Vorwurf machen. Aber entscheidende kritische Anmerkungen zum sowjetischen Bereich entsprechen eben einem dem Christen verbotenen Feindbild, während eine bis zur groben Verzeichnung gehende „selbstkritische“ Haltung echte Versöhnungsbereitschaft zeigen soll. Das mag dem entsprechen, wozu der Glaubende im Verkehr mit Gott und dem Nächsten bereit sein soll, – eine auf Entspannung und Interessenausgleich gerichtete Politik ist so nicht zu begründen.

Praktische Politik erfordert sachliche Analyse

Aber geht es den Thesen überhaupt um eine solche, in dem Vertrauen auf die uns geschenkte Versöhnung beruhende, aber die politischen Fakten wertende Politik? Der Zweifel ist erlaubt angesichts der Tatsache, daß der Zusammenhang von erfolgreicher Sicherheitspolitik der Nato und den Vorschlägen von Generalsekretär Gorbatschow nirgends in den Blick kommt. Wer die Konzeption der Abschreckung und den Nachrüstungsbeschluß für Sünde hält, kann diesen Zusammenhang auch nie einräumen.

Der Ruf, die eigene Schuld zu sehen und sein Handeln von diesem Wissen leiten zu lassen, ist gewiß richtig; aber die praktische Umsetzung in wirksame Entspannungspolitik setzt eine sachliche Analyse der politischen Gegebenheiten voraus, wie sie in den Thesen gerade verweigert wird.

Mit Recht erinnern die Verfasser der Thesen daran, daß sowjetische Gesprächspartner „uns immer daran (erinnern), daß sie gegen uns Deutsche keinen Haß hegen. So kompromißlos sie das System des nationalsozialistischen Faschismus verurteilen, so wenig steht von ihnen aus einer Versöhnung mit uns im Wege“. Warum findet sich in den

Thesen nicht der Satz, daß wir Deutschen keinen Haß gegen die Völker der Sowjetunion hegen, daß wir aber kompromißlos das System des Bolschewismus für uns ablehnen und bewußt die Entscheidung für die Freiheit getroffen haben?

Und warum steht an keiner Stelle der Hinweis, daß man nach dieser Entscheidung als Deutscher zwar den Zusammenhang von Schuld und deutscher Teilung sehen muß, daß man auf jede Gewalt verzichten wird – wie durch feierliche Erklärung geschehen –, daß man aber nie auf das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und auch nicht des eigenen Volkes verzichten kann und daß insoweit die deutsche Frage in der Tat offen ist?

Eine aus dem Geiste der Versöhnung vorangetriebene Entspannungspolitik muß aber zunächst die Faktoren ernstnehmen, die Spannung bewirken. Und der entscheidende Faktor, der die Ost-West-Spannung ausgelöst hat, ist das unterschiedliche Freiheitsverständnis. Daß man ohne eine unserem Verständnis entsprechende Freiheit als Christ leben kann, das beweisen – oft leidvoll – Christen in den Staaten des Warschauer Paktes. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß wir in Frieden und Freiheit – aber bitte nach unserem Verständnis von Freiheit! – auch künftig leben können. Ob wir darin wenigstens noch übereinstimmen oder nicht in der Konsequenz der Thesen dieses Ziel in einer die Freiheit bedrohenden Weise relativiert wird, darüber muß in Kirche und Politik intensiv gesprochen werden.

Meine schönste Bibelstelle

„Sorget Euch nicht um den morgigen Tag, der morgige Tag sorgt für sich selbst.“

Jeder Tag hat seine eigene Plage (Mat. 6, 34).

Das heißt:

1. Wir können und müssen Vertrauen haben in die Zukunft, nur dann haben wir die Kraft, heute 'den Apfelbaum zu pflanzen', der in der Zukunft Früchte trägt.

2. Der Christ braucht keine Angst zu haben.

3. Diese Worte sind eine Absage an jede Art von Ideologie.“

**Heinz Ruhnau,
Vorstandsvorsitzender der Lufthansa**

„Umkehr“ kontraproduktiv?

Trutz Rendtorff

Die gegenwärtig neu belebte Diskussion über Rüstung und Rüstungskontrolle weckt Erinnerungen an die gerade erst zurückliegende Nachrüstungsdebatte. Der Eindruck drängt sich auf, die „Raketenzähler“ beherrschten wieder das Feld, diesmal mit umgekehrten Vorzeichen und anders verteilten Rollen. Der politische Gehalt der laufenden Verhandlungen wird dadurch mehr verdeckt als verdeutlicht. Wohl ist nicht zu verkennen, daß militärische Sicherheit ein unverzichtbarer Faktor internationaler Politik ist. Insofern ist es nicht erhellend, wenn jetzt die unter Theologen geläufige Unterscheidung von *securitas* (Sicherheit) und *certitudo* (Gewißheit) zur Kritik des Sicherheitsdenkens bemüht wird, weil das Vertrauen zu Gott nur in Gewißheit gründet. Aber Ausmaß und Bedeutung der Sicherheit hängen doch vor allem an der Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen den Völkern bzw. ihren Regierungen. Deshalb dürfen die Fragen, welche Rückwirkung bestimmte Abrüstungsvorschläge auf die militärische Sicherheitslage haben, nicht dazu dienen, längerfristige Perspektiven für den Ausbau und die Vertiefung politisch gehaltvoller Beziehungen zurückzudrängen. Denn hier geht es wirklich um die Schlüsselfrage der Friedenspolitik in Europa und im Ost-West-Verhältnis. Die EKD hat die jüngste Friedensdiskussion in der Denkschrift von 1981 mit dem ihr wichtigen Rat begleitet, der politischen Dimension der Friedensfrage auf der Linie eines Ausbaues einer politischen Friedensordnung den Vorrang vor dem Denken in Waffenkategorien einzuräumen. Das ist unverändert aktuell.

Schuldbekenntnis kein Schlüssel für praktische Friedenspolitik

Mit Blick auf unsere Beziehung zur Sowjetunion bringen sich seit einiger Zeit in der EKD Stimmen zu Gehör, die so etwas wie eine „neue Ostdenkschrift“ fordern. Dabei wird ein Ansatzpunkt gesucht, mit dem

die Kirche auf den politischen Prozeß einwirken könnte. Kernpunkt der bekannt gewordenen Überlegungen und Thesen ist die Forderung nach einem Schuldbekenntnis der Deutschen gegenüber den „Völkern der Sowjetunion“.

Als Vorbild dient dabei die Denkschrift der EKD von 1965 zur Lage der Vertriebenen und unserem Verhältnis zu Polen, offensichtlich weil sie eine erkennbare Rolle im damaligen politischen Prozeß der Ostpolitik gespielt hat. In der Ostdenkschrift ging es klar ausgewiesen um das Verhältnis von Schuld und Recht angesichts der Forderung nach politischer Anerkennung der territorialen Nachkriegsordnung in den ehemals deutschen Gebieten. Die Bewertung von Rechtsansprüchen wurde im Lichte deutscher Schuld an die Verpflichtung zu einem politischen Neuanfang gewiesen. Die schuldbelastete deutsche Vergangenheit ist ein Faktor in der Gesamtheit unserer internationalen und deutsch – deutschen Verhältnisse. Daß aber diese Schuld auch der Schlüssel für die gegenwärtigen Aufgaben und Möglichkeiten der Friedenspolitik sei, muß nachhaltig bezweifelt werden. Jetzt Kriegsschuldfragen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion in den Mittelpunkt zu stellen, um von da aus auf den politischen Prozeß im Sinne einer „Umkehr“ Einfluß zu nehmen, wäre nach aller Voraussicht kontraproduktiv.

Zunächst einmal wäre es nicht nur unvermeidlich, sondern um der Wahrheit willen auch nötig, sie allseitig zu erörtern. Es ließe sich gar nicht vermeiden, daß aus einem öffentlichen Schuldbekenntnis eine allgemeine Schuldaufrichtung würde. Als gemeinsamer Nenner einer Politik kann das nicht gelten. Und eine besondere, einzigartige Mission der Deutschen in der Weltpolitik, die in der Einzigartigkeit ihrer Schuld gründet, würde eher Verständigungskrisen heraufbeschwören als heute mögliche Verständigung weiterzuführen. Die in den vergangenen Jahrzehnten erreichte politische Stabilität in den Ost-West-Beziehungen bildet doch das Rückgrat und die in die Zukunft weisende Grundlage auch für die Abrüstungsverhandlungen, trotz tiefgreifender, bleibender Gegensätze

und Konflikte. An diesem Prozeß ebenso wie an den Konflikten sind ja Staaten und Völker beteiligt, deren Beziehung zur Sowjetunion nicht durch Schuldbeladenheit geprägt ist.

Neu gewonnene kirchliche Verbundenheit

Die EKD hat enge und inzwischen sehr vertiefte Beziehungen zur russisch-orthodoxen Kirche. Die 1000jährige Feier der Taufe Rußlands 1988 wird Gelegenheit geben, daß die Vergangenheit zur Sprache kommt und in das Bewußtsein neu gewonnener kirchlicher Verbundenheit aufgenommen wird. Aber die orthodoxe Kirche ist nicht identisch mit den Völkern der Sowjetunion und auch nicht mit der Gesamtheit der christlichen Kirchen in der Sowjetunion. Sie würde, soviel ist gewiß, nicht der Empfänger einer solchen Denkschrift sein wollen. Hier bedarf es einer solchen auch nicht. Im übrigen könnte die EKD sich auch nicht zu einer solchen Ausarbeitung ohne die Kirchen der DDR autorisiert fühlen.

Die in dieser Diskussion aufgeworfenen Fragen und formulierten Thesen bedürfen noch weiterer theologischer und kirchlicher Klärung. Die politischen Probleme, die gegenwärtig auf der Tagesordnung stehen, können von der EKD in Fortentwicklung ihrer bisherigen Äußerungen sehr wohl begleitet werden. Dazu bedarf es keiner „neuen Ostdenkschrift“.

Quelle: epd

Wenn Herr K. einen Menschen liebte

„Was tun Sie“, wurde Herr K.
gefragt, „wenn Sie einen Menschen
lieben?“

„Ich mache einen Entwurf von
ihm“, sagte Herr K., „und Sorge,
daß er ihm ähnlich wird.“

„Wer? Der Entwurf?“

„Nein“, sagte Herr K.,
„der Mensch“.

Bert Brecht

Positionsbeschreibung: Evangelische Kirche in der Diskussion mit Staat und Politik

Willi Born

Vielen ist heute die Kirche, nicht zuletzt ihres Verhältnisses zur Politik wegen, zum Ärgernis geworden. Sie soll sich, so sagen die einen, mit ihrem ureigensten Gebiet, dem Glauben an Gott und der Nächstenliebe, befassen; das tut sie viel zu wenig. Zuviel, so sagen sie, befaßt sie sich mit Dingen, die sie nichts angehen. Wir sind mündige Bürger und lassen uns nicht klerikal bevormunden. Andere aber sagen, die Kirche ist uns, was Staat und Politik betrifft, längst nicht eindeutig und radikal genug. Sie sollte viel entschiedener Stellung nehmen gegen die Stationierung von Atomwaffen, gegen Kernkraftwerke und Umweltschäden, für Frieden und Abrüstung und die dritte Welt, gegen Süd-Afrika und die Kontras und gegen Pinochet, wobei Afghanistan, Kambodscha und Vietnam meist nicht genannt werden.

Kirche und Staat sind grundverschiedenen Wesens. Dennoch haben sie schon immer in einer mehr oder weniger spannungsvollen Beziehung zueinander gestanden. Sie tun es auch heute noch. Der Staat hat Macht. Aber je mehr die Kirche Einfluß auf eine große Zahl von Gläubigen hat, stellt auch sie einen, wenn auch anders gearteten, Machtfaktor dar. Das ist z. Zt. in Polen ganz eindeutig, in der Bundesrepublik ist ihr Einfluß erheblich geringer.

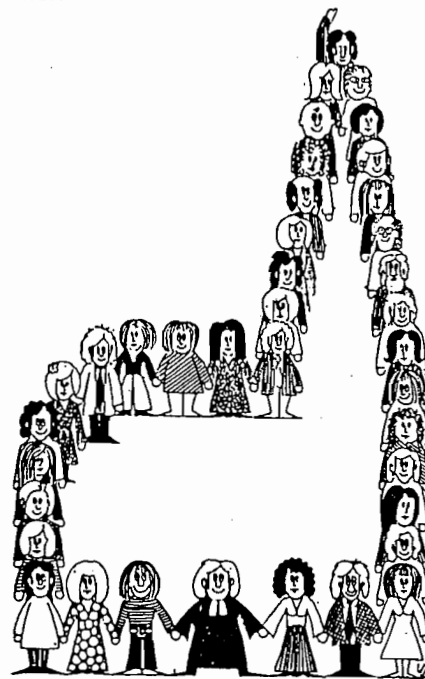
Im Mittelalter hat die römische Kirche mit geistlichen, aber auch mit sehr weltlichen und militärischen Mitteln versucht, sich Kaiser und Staat zu unterwerfen, zumindest aber dienstbar zu machen. Das hat nicht gutgetan. Was Priesterherrschaft über einen Staat bedeuten kann, sehen wir in extremer Form heute im Iran.

Aber es hat auch Versuche des Staates gegeben, sich die Kirche zu unterwerfen und sie zur religiösen Überhöhung der eigenen Ziele zu mißbrauchen. Das war nicht nur im Mittelalter so, sondern auch in der Neuzeit.

„Gott mit uns“ stand auf den Koppelschlössern im ersten Weltkrieg. Und das Dritte Reich wollte über die Deutschen Christen Macht in der Kirche und damit Macht über die Kirche gewinnen; vielleicht sie sogar zum Verschwinden bringen.

Der totale Weltanschauungsstaat, die UdSSR, hat nicht nur versucht, die Kirche auszurotten, er hat den Atheismus zur Staatsreligion gemacht und selbst fast alle Eigenschaften einer mittelalterlichen Kirche angenommen. Es gibt dort die heiligen Schriften, das Lehramt, das Konzil, die Priesterkaste und die Orden, es gibt Orthodoxie und Ketzertum und die Inquisition, es gibt Reue und Buße, aber auch die Verdammung, die bis zum Tode gehen kann.

In unserer Bundesrepublik Deutschland ist die Kirche dem Staat in relativ unabhängiger, distanziert kritischer Partnerschaft verbunden. Dies kann wegen der damit verbundenen Spannung sowohl Staat und Gesellschaft als auch der Kirche selbst zugute kommen.



„Unsere Kirche“, Manfred Liebrecht

Nun ist die Kirche ein vielgestaltiges Gebilde. Ich denke an ihre Repräsentanten, die Kirchenleitungen und Synoden, denke an die Kirchengemeinden mit ihren Vorständen; denke an kirchliche Äußerungen wie Denkschriften, die Stellungnahme mancher Theologen und der Pfarrerschaft, aber auch von Gruppen auf dem Kirchentag und anderswo. Manche sehen schon die Äußerung eines einzelnen Pfarrers als die Äußerung der Kirche an.

Es gibt im Verhältnis der Kirche zum Staat eine mehr konservative, d.h. bewahrende und eine mehr progressive, dynamische Linie. Bei der konservativen gibt es eine mehr stützende und eine mehr kritische Funktion der Kirche.

Bewahrung im Wandel

Kein Staat kann existieren, ohne daß es im Volk gemeinsame Grundüberzeugungen und so etwas wie eine anerkannte Moral gibt. Es ist zu bezweifeln, ob der Staat solche Werte selber schaffen kann. In unserem Lebensraum war es u.a. und vornehmlich die Kirche, die durch die zehn Gebote und das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe die Fundamente dazu gelegt hat und sie wach zu halten bemüht ist. Nächstenliebe kann auch Liebe zum fremden und zum fernen Nächsten bedeuten.

Moralische Überzeugungen können sich mit den Zeitläufen verändern. Das kann eine positive, aber auch eine negative Seite haben. Ich denke z.B. an das Verhältnis der Geschlechter zueinander. Die Kirche sollte bei aller Flexibilität darüber wachen, daß das Wesentliche bewahrt bleibt, auch wenn es gegen den Zeitgeist geht, z. B. was die Gleichsetzung der Ehe mit sonstigen Formen des Zusammenlebens betrifft. Die Moral ist noch

stets von Zersetzung und Auflösung bedroht gewesen. „Tugend will gelehrt sein, Bosheit kann man von allein“, sagt Wilhelm Busch. Es können sich auch neue ethische Probleme ergeben. Man denke an Atomwaffen, Kernenergie, Gentechnik und Ökologie. Hier kann und sollte die Kirche zusammen mit den Sachverständigen nach Maßstäben suchen, die auch für die staatliche Gesetzgebung wichtig sein können und zu überzeugen vermögen.

Den wichtigsten Dienst aber leistet die Kirche dem Staat darin, daß sie seine Autorität stützt. Von ihrer bisherigen Lehre her – die manche Theologen nach den Erfahrungen des Dritten Reiches vergessen zu haben scheinen – gelten die staatlichen Grundfunktionen als von Gott gewollt und also legitimiert.

Es heißt in der Barmer Theologischen Erklärung „daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens, unter Androhung und Ausübung von Gewalt, für Recht und Frieden zu sorgen“.

Staat und Gesellschaft sind also nach kirchlicher Lehre nicht dasselbe, und keine gesellschaftliche Gruppe darf staatliche Macht und Gewalt für sich in Anspruch nehmen als stehe sie mit ihr auf gleicher Stufe und in Konkurrenz. Was das Fehlen staatlicher Macht im Gefolge hat, sehen wir am besten im Libanon.

Die religiöse Legitimation ist zunächst unabhängig von der Regierungsform und den regierenden Personen.

Zugleich aber erinnert die Kirche den Staat an seine Grenzen. Indem sie die Absolutheit und Unverfügbarkeit Gottes als des Herrn lehrt, lehrt sie auch die Unverfügbarkeit des Menschen als Person. Sie muß deshalb im Gegensatz stehen zu jedem Staat, der sich selbst an Gottes Stelle setzen und von seiner Ideologie her Macht über Geist und Seele der ihm anvertrauten Menschen anmaßen will. Aber auch zu jedem Staat, der sich anmaßt, das Paradies auf Erden zu bringen. Ein Staat, der das will, unterdrückt die Freiheit und wird unmenschlich.

Macht macht auch süchtig und sich gerne selbständig. Dann entfernt sie sich oft meilenweit vom Wohl und den Interessen derer, denen sie dienen sollte. Das gibt es in der Innen-, mehr aber noch in der Außenpolitik der Staaten. Solchen Machtgelüsten, die in der Geschichte immer wieder zu Kriegen geführt haben, bei denen die Völker nicht gefragt wurden, sollte die Kirche, wo immer sie es kann, entgegenreten. Sie hat es in früheren Zeiten leider nicht immer getan.

Anwalt der Benachteiligten

Um Gottes und der Menschen willen muß sich die Kirche dagegen wenden, wenn, ob durch Gruppen der Mächtigen oder gar einen Staat selbst, die Person mißachtet, Menschengruppen erniedrigt, ausgebeutet oder gar gefoltert werden. Sie muß sich zum Anwalt derer machen, die sich selber nicht helfen können. Wie sie das tun kann? Sie kann mit ihren begrenzten Möglichkeiten Hilfe leisten, sie kann diejenigen, die das Sagen haben, bitten, mahnen, warnen. Das kann sie auch tun, wenn es sich um Geschehnisse in anderen Ländern handelt, wobei ihre Gesprächspartner in erster Linie die dortigen Kirchen und die Regierungen sind, bei denen man noch christliches Gedankengut vermuten kann. An Staaten mit offizieller atheistischer Religion oder gar islamischen Staaten würde ihr Ruf abprallen, sie würde auch die Situation der dort nur geduldeten Kirchen, soweit es sie überhaupt gibt, nur verschlimmern.

Sie sollte sich freilich in allen solchen Fällen sachkundig machen. Dazu ist Mitarbeit und Kritik von Experten wichtig. Auch sollte sie bedenken, daß sich Unrechtsituationen, die seit langem bestehen, nicht vom Nullpunkt aus angehen lassen. Sie lassen sich in der Praxis meist nicht plötzlich ändern, ohne daß neues, vielleicht schlimmeres Unrecht oder gar das Chaos eintritt. Radikale Forderungen gehen deshalb ins Leere. Auch sollte sich kirchliche Kritik bei aller Deutlichkeit grundlegend von der gewisser Nachrichtenmagazine unterscheiden und die Kritisierten vor Gott

als die möglichen Partner von morgen betrachten, wie es Martin Luther King getan hat.

Wo immer sich die Kirche, zu gewaltloser Veränderungrufend, in solcher Weise für Benachteiligte engagiert, kann es zu Konflikten, zu Ärger, zu Diffamierungen, ja zur Verfolgung durch die Inhaber der Macht führen, aber auch dazu, daß solches Eintreten von ihren eigenen Mitgliedern nicht verstanden und abgelehnt wird.

Die Propheten im Alten Testament, die aus Liebe zu ihrem Volk gegen Unrecht ihrer Zeitgenossen und der Mächtigen auftraten, hat man zu ihrer Zeit verfolgt. Später wurden ihre Reden als Heilige Schriften angesehen. Hätte die Kirche im Dritten Reich deutlicher geredet als sie es weithin tat, hätte es zu noch viel mehr Kirchenaustritten, ja vielleicht sogar zu viel mehr Martyrium geführt. Heute sieht man das klar, damals nicht. Wenn in Brasilien einige Bischöfe und Franziskanermönche, sich des unbeschreiblichen Elends in manchen Gebieten, der von Großgrundbesitzern brutal bedrängten Ländarbeiter oder Indianer annehmen, werden sie, wahrscheinlich zu unrecht, als Marxisten beschimpft. Vielleicht wird mancher von ihnen in 50 Jahren heilig gesprochen. Obwohl bei uns solche Unrechtsverhältnisse nicht herrschen, wäre doch zu fragen, wie wohl nach 50 Jahren die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland beurteilt werden würde. Manche ihrer Stellungnahmen zu sozialen Problembereichen erwecken heute bereits Ärgernis.

Es gibt aber auch manchmal berechtigten Ärger über Fehlleistungen innerhalb der Kirche. Beim letzten großen Arbeitskampf erklärte eine Mainzer Theologin: „Gott ist für die 35-Stunden-Woche“. War die Dame wohl mit den Problemen vertraut, hat sie die Gewerkschaften als hilflos angesehen? In jedem Falle war ihre Behauptung eine glatte Blasphemie.

Manche, vor allem jüngere Pfarrer, scheinen nach dem Versagen der Kirche im Dritten Reich einen gewissen Nachholbedarf an öffentlichem Bekenntnis zu haben und da-

bei kommt es gelegentlich zu Äußerungen klerikalen, dilettantischen Hochmuts. Statt aus dem Ärger darüber der Kirche den Rücken zu kehren, sollte man in der Kirche energisch dagegen Stellung nehmen. Das betrifft nicht nur Kirchenleitungen – es gibt in der evangelischen Kirche kein offizielles Lehramt – es betrifft auch kompetente Gemeindeglieder, denen ihre Kirche noch etwas bedeutet.

Nun aber zu der mehr dynamisch-progressiven Funktion der Kirche. Sie bereitet sehr viel mehr Probleme, über sie gibt es vor allem innerkirchlichen Streit.

Kirche in der Nachfolge

Jesus hat das im Kommen befindliche Reich Gottes, das Reich des Heiligen Geistes verkündet, das sich zwar erst in der Auferstehung der Toten vollendet, aber hier auf Erden schon beginnen und in das alte Reich hinein wirken und ausstrahlen will. Er setzt neue Maßstäbe.

Während man bisher Gott in erster Linie als den Schöpfer, den Gesetzgeber, Regierer und Richter der Welt ansah, der freilich unter gewissen Voraussetzungen auch Gnade walten läßt, verkündete Jesus Gott als den, dessen schöpferische Freude es ist, das Verlorene zu suchen und wiederzufinden, Totes wieder lebendig zu machen. Damit meinte er vor allem die von der Gemeinschaft der Gerechten zu Recht ausgestoßenen Sünder. Während es im privaten und politischen Bereich gern geübter Usus ist, Übeltäter nicht nur zu bestrafen, sondern auch – und läge es Jahrzehnte zurück – in ihrer Schuld festzuhalten, hat Jesus ihnen, Tat und Täter unterscheidend, die volle Vergebung und Gemeinschaft Gottes und die Chancen des Neuanfangs angeboten, ohne daß sie dafür etwas getan hätten. Er hat nichts anderes erwartet, als daß sie dies im Glauben an Gott als Gottesgeschenk annähmen.

Alle Gesetze waren damals religiöse Gesetze und galten als Gottes Gebot mit der Unbedingtheit, wie Gesetze heute im Reiche des Ayatollah Khomeini gelten. Jesus hat sie zwar geachtet, aber als Men-

schenwerk um der menschlichen Bosheit willen herabgestuft, er hat sie im positiven Sinn übertreten, wenn es galt, Menschen zu helfen. War das nicht ein Angriff auf alle Grundlagen des Staatswesens? Man stelle sich heute einen prophetischen Menschen vor, der solches im Iran predigen wollte. Er wäre ein Mann des Todes. Es kam nicht von ungefähr, daß man Jesus als einen Gotteslästerer und Aufrührer hinrichten ließ.

Folgerichtig hat Jesus seine Jünger aufgefordert, die Teufelskreise von Haß, Feindschaft, dem „Wie Du mir, so ich Dir“, – die staatliche Macht, die Recht und Gesetz nicht aufheben können – in befreiender Weise zu durchbrechen. Wie Gott mir, so ich Dir, soll es für den Glaubenden heißen. Er forderte von den Seinen nicht nur Nächsten- sondern auch Feindesliebe; lieber im Vertrauen darauf, daß Güte und Dauer stärker sind als das Böse. Dies alles ist eine unerhörte Herausforderung aus allem gewohnten Verhalten. Ein Stachel, der nicht zur Ruhe kommen läßt; es weckt die Sehnsucht nach einer besseren, versöhnten, friedlicheren Welt.

Aber so zu handeln ist nicht leicht. Es geht gegen die eigene Natur. Wer es versucht, muß sich überwinden, er kann es eigentlich nur, wenn er der befreienden Zuwendung Gottes selber persönlich gewiß ist. Aber wenn man es tut, dann wirkt es oftmals nicht nur befreiend, man kann dann auch manchmal beglückt so etwas wie das göttliche Einverständnis spüren.

Es war schon unter den Christen der ersten Gemeinden schwer, solch ein glaubendes Verhalten im Verhältnis zueinander durchzuhalten. Es will aber auch über die Gemeinden hinaus wirken.

Die ersten Christen lebten in der Erwartung der baldigen Wiederkunft Christi und des Weltendes. Sie waren eine Minderheit, die sich meist aus sogenannten kleinen Leuten zusammensetzte. Das Problem brach erst richtig auf, als das erwartete Weltende ausblieb und der christliche Glaube in alle, auch die höchsten Gesellschaftsschichten, vordrang. Also auch zu den Trägern höchster staatlicher Funktionen. Wie sollten sie sich in ihren

staatlichen Ämtern verhalten? Nicht von ungefähr bildeten sich zahlreiche, sich von der Welt absondernde Mönchsorden, die untereinander zu leben versuchten, was Jesus wollte und was in der sogenannten Welt zu verwirklichen nicht möglich war. Das Problem ist heute, angesichts neuer Weltuntergangssängste, in voller Schärfe wieder entbrannt.

Zwei entgegengesetzte extreme Standpunkte zeichnen sich ab. Die einen sagen, was Jesus wollte, ist nur aus der Kraft eines persönlichen, christusbezogenen Gottesverhältnisses heraus zu tun möglich. Selbst da wird man immer wieder rückfällig. In Kirchengemeinden, ja Kirchengremien ist es höchstens ansatzweise zu verwirklichen. Die Welt aber bleibt Welt, dort ist soviel Unmenschlichkeit, Haß, Feindschaft, Bösheit und Kampf gegeneinander, daß Friede und ein gewisses Maß an Freiheit und Gerechtigkeit nur durch eine starke staatliche Macht in der Innenpolitik und durch eine abschreckende Macht in der Außenpolitik aufrecht erhalten werden können, gerade wenn man den Frieden wahren will. Hier muß man mit Vernunft, Wachsamkeit und Mißtrauen regieren. Der Mensch ändert sich nicht.

Denen, die so denken, wirft man vor: Dann bleibt also alles beim Alten, und man kommt aus dem Teufelskreis des Mißtrauens und des Rüstungswettlaufes nicht heraus. Und darin ist die Vernunft gefangen, und das Ganze wird Wahnsinn. Eines Tages knallt es dann doch, und die Welt ist ein Totenhaus.

Die anderen sagen: Wir wollen in der Nachfolge Jesus auf jede Gewalt verzichten. Wir lehnen nicht nur den Dienst an der Waffe ab, wir fordern auch vom Staat völlige und einseitige Abrüstung. Dies allein kann befreiend wirken und den wahnsinnigen Teufelskreis des Mißtrauens und Wettrüstens durchbrechen. Es ist zwar ein Risiko, doch wenn es nicht anders sein kann, dann lieber rot, als den Tod für die ganze Welt.

Ihnen wirft man vor: Entweder seid Ihr naiv und kennt die Welt nicht, oder Ihr wollt nicht zur Kenntnis nehmen, wie unmenschlich sie gewesen ist und sein kann. Euer Zutrauen zur Friedfertigkeit der

UdSSR ist von nicht zu überbieten-der Einfalt. Zudem hat es in der Geschichte noch nie wehrlose Lebensräume gegeben, in die nicht mächtige Nachbarn mit meist schrecklichen Konsequenzen für die Bewohner eingedrungen wären. Ihr könnt nur so reden, weil und solange Ihr keine Regierungsverantwortung tragt. Eine Regierung, die so handelt, würde den Krieg nicht verhindern, sondern geradezu provozieren und die Freiheit wäre dahin.

Streit also innerhalb der Christenheit! Der ist zwar unangenehm, kann er aber nicht auch positiv wirken, solange die eine Seite der anderen nicht den Glauben und den Willen zum Frieden abspricht?

Befreiung zur Vernunft

Man kann, was Jesus den Jüngern zumutete, nicht direkt in Politik und staatliches Handeln umsetzen, erst recht von niemandem erzwingen. Aber kann nicht doch im Bereich des Politischen, wenn auch noch so vereinzelt, einiges geschehen, was auch in abgeschwächter Form doch in der Richtung dessen liegt, was Jesus seinen Jüngern zugemutet hat, was also im Sinne des im Kommen befindlichen Reiches Gottes aus dem Teufelskreis des „wie Du mir, so ich Dir“, des Hasses und des Mißtrauens befreit, auch wenn den Beteiligten der Bezug auf Jesus Christus gar nicht deutlich ist?

War es nicht erstaunenswert, und was hat es bewirkt, daß kurz nach dem Krieg viele Millionen von Amerikanern den kurz zuvor noch verfeindeten Deutschen Carepakete schickten, um sie vor dem Verhungern zu bewahren? Und dann, statt des Morgenthauplanes der Marshallplan. Ich denke auch an die durch Adenauer und de Gaulle initiierte Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, durch die eine jahrhunderte alte Erbfeindschaft beendet wurde. Und zur Zeit halten wir den Atem an, ob zwischen den USA und der UdSSR, durch wessen Initiativen auch immer, bei aller Nüchternheit und Wachsamkeit ein Durchbruch durch den Teufelskreis des Mißtrauens und Wettrüstens möglich sein wird.

Auch wenn man nicht an Jesus Christus denkt oder nichts von ihm hält, er ist als Stachel, Unruhe, Ärgernis und befreiende Kraft unserer und jeder Zeit immer schon weit voraus. In der Wissenschaft hat sich die Vernunft zum Glück aus den Fesseln kirchlich-dogmatischer Bevormundung befreit. Im zwischenmenschlichen Bereich aber ist sie weitgehend in Teufelskreisen gefangen. Hier könnte die Kirche durch ihre Botschaft von Jesus Christus zur Befreiung der Vernunft beitragen. Das muß nicht auf Kosten der Nüchternheit und Wachsamkeit gehen.

Verkündigung der Frohen Botschaft

Jeder Gottesdienst ist öffentlich, kann also auch eine öffentliche Wirkung haben. Wer aber in den Gottesdienst geht, will sein Verhältnis zu Gott wieder herstellen oder intensivieren. Der Pfarrer, das ist sein Auftrag, soll die durch keine menschlichen Vorleistung bedingte gnädige, befreiende Hinwendung Gottes in Jesus Christus zu den sündigen, schuldbehafteten Menschen durch Predigt und Sakrament verkünden und auf diese Weise Glauben wecken. Er soll dies tun auf die Verheißung hin, daß Gott, wann und wo er will, solch Menschenwort durch seinen Heiligen Geist an den Menschenherzen ratifizieren kann. Wo dies geschieht, will er sie befreien von Schuld, sündiger Verstrickung, Sorge, Angst vor der Zukunft, ja vor dem Tod; will sie befreien zu einer dankbaren Lebenseinstellung und zur Hoffnung; aber auch – und das ist die Konsequenz – befreien von Bitterkeit und Feindschaft, zur Liebe, Güte, Barmherzigkeit, zum Friedenstiften und Versöhnen. Das Evangelium will Denken, Lebenseinstellung und Handeln in den Hörenden im Sinne Jesu Christi verändern. Aber diese Veränderung des Verhaltens ist nicht Vorbedingung für die befreiende, glaubenweckende Güte Gottes. Sie ist Konsequenz. Insofern kann die Predigt und das ist legitim, auch Kritisches zur gewohnten Einstellung der Hörenden, zu Vorurteilen und eingefahrenen Handlungsweisen sagen. Es braucht nicht jedem zu gefallen.

Für den Prediger gilt das Pauluswort: „Wenn ich den Menschen noch gefällig wäre, so wäre ich Christi Diener nicht!“ Aber – und das ist jetzt wesentlich – das Schwergewicht der gottesdienstlichen Predigt sollte auf der Zuwendung Gottes, seiner ohne Bedingungen angebotenen Gabe der Versöhnung und des Friedens mit ihm liegen. Ein Prediger, der dies nicht beachtet, der nur kritisiert, verurteilt und fordert, verfehlt seinen Auftrag, er zermürbt und frustriert seine Gemeinde. Er gibt Steine statt Brot. Er predigt, wie man im theologischen Sprachgebrauch sagt: Gesetz statt Evangelium.

Nun geht aber der Aktionsradius der Hörer über das Verhalten von Mensch zu Mensch in der Familie oder zwischen den Nachbarn und den Arbeitskollegen hinaus. Es können durchaus auch seine politische Einstellung, seine Vorurteile usw. zur Sprache kommen. Es läßt sich freilich immer leichter sagen, was ganz bestimmt nicht sein sollte, als das, was nun im konkreten Fall positiv zu tun wäre. Ein Prediger, der da in die Einzelheiten gehen möchte, ist in der Gefahr, die verantwortliche Mündigkeit der Gemeindeglieder besserwisserisch zu verachten. Bleibt die Predigt aber allzusehr im Allgemeinen, dann wird man ihr meist grundsätzlich recht geben, aber es verändert sich kaum etwas. Der Prediger sollte allerdings den Verantwortungsbereich und den möglichen Aktionsradius der Hörer beachten und nicht zum Fenster hinaus reden. Er sollte kritisch sein gegen seine eigene politische Überzeugung und seine bevorzugte Zeitungslektüre. Was er sagt, steht unter dem Satz, mit dem er den Gottesdienst eröffnet und der heißt: „Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes“. Sollte er dennoch einmal konkret Politisches, was strittig ist, zur Sprache bringen, so sollte er das Gesagte als seine persönliche Meinung kennzeichnen und sie niemandem aufdrängen, sondern die Freiheit der Hörer, so oder so in der Richtung dessen, was Jesus Christus meint, zu handeln achten. Es besteht kein Zweifel, daß es hier gelegentlich zu Fehlleistungen gekommen ist. Aber liegt das nur an den Pfarrern und an zu matten Kirchenleitungen?

Die Pfarrer gehören zu ihrer Gemeinde. Wenn die Gemeindeglieder sich von ihnen bedienen lassen wie Kunden durch den Frisör, dann werden die Pfarrer isoliert und dann könnten sie sich, zumal ihr Status beamtenähnlich ist, wie ein Stand für sich fühlen, der der Gemeinde lediglich gegenübertritt. Aber die Kirchenvorstände haben die Pflicht, über Lehre und Lebenswandel der Pfarrer zu wachen. Sie sollten deshalb die Auseinandersetzung mit ihnen nicht scheuen und sich in ihren Sitzungen nicht nur mit Dachrinnen- und Orgelreparaturen u. a. befassen.

Unsere moderne Welt ist unendlich viel komplizierter als die Welt zur Zeit des Neuen Testaments. Kaum ein Pfarrer ist für die Beurteilung vieler Lebensvorgänge kompetent.

Wem seine Kirche am Herzen liegt, der sollte sich in ihr engagieren. Man kann Arbeitsgruppen bilden, kann darauf bestehen, daß Gemeindeversammlungen einberufen werden, in denen die strittigen Themen zur Sprache gebracht werden. Man kann bei Kirchenvorstandswahlen kandidieren. Und wenn jemand sagt: „zu dem allen habe ich keine Zeit“, so sei ihm entgegnet:

man kann aber die Pfarrer anrufen, ihnen Briefe schreiben, und wenn das alles nichts hilft, kann man Leserbriefe in die Zeitungen bringen. Die Gemeindeglieder gehören nicht nur zur Kirche, sie sind die Kirche. Zu solchem Engagement möchte ich allen, denen die Kirche etwas bedeutet, Mut gemacht haben.

Anmerkung: Dr. Willi Born, Professor der Theologie, war lange Zeit Leiter des Theologischen Seminars Herborn der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Aids und Kirche: Eine Chance, neu sehen zu lernen

Rita Süßmuth

Mit Sympathie und Erleichterung verfolge ich die Äußerungen führender Vertreter der protestantischen Kirche zum Thema Aids. Erleichterung deshalb, weil mir Verständnis und Unterstützung für meine sehr offene und deshalb für eine große Zahl von Bürgern auch schockierende Anzeigenkampagne entgegengebracht wird. Auch mir ist es nicht leicht gefallen, für diese Art der Verhütung einer Krankheit in dieser Form aufklärend an die Bevölkerung zu appellieren. Für mich war entscheidend, daß es zu den größten Tugenden der Christen gehört, jeden Mitmenschen, den Nächsten, vor Schaden, vor einem so schrecklichen und nicht wieder zu heilenden Schaden, zu bewahren.

Die so begonnene – und zum Anfang auch notwendige – Aufklärung über diese bedrohliche Krankheit darf und wird – da stimme ich mit den Repräsentanten der evangelischen Kirche voll überein – nicht in der bloßen Information, wie sich Aids „technisch“ vermeiden läßt, stecken bleiben. Sie ist viel umfassender angelegt. Wenn Hartmut Löwe, Präsident im Kirchenamt der EKD, „in Aids eine Anfrage an die heutige Sexualmoral sieht“, das EKD-Ratsmitglied Frau Prof. Erika Kimmich sich fragte, „ob wir der Sexualität nicht einen viel zu hohen



„Aids; Wege aus der Angst“ lautet der Titel des Buches, das die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vor kurzem der Öffentlichkeit vorstellte. Das Buch, das in seinem umfangreichen Anhang viele Hinweise auf helfende und beratende Stellen gibt, ist im Hoffmann und Campe Verlag erschienen. Das Honorar dieses Buches wird der Aids-Stiftung zugute kommen.

Stellenwert für persönliches Glück einräumen“, oder wenn der hessennassauische Kirchenpräsident Helmut Spengler der Kirche anrät, „durch Beratung dazu beizutragen, daß die sexuelle Promiskuität abgebaut wird“, dann entspricht das

auch meinen Grundüberzeugungen, die ich immer wieder öffentlich geäußert habe: Für mich steht der hohe Rang von Werten wie Ehe, Familie, Treue außer Frage. Es sind Werte, die unsere Politik für die Familie prägen, auch wenn der Staat nur ganz unvollkommen in der Lage sein kann, Rahmenbedingungen zu schaffen, die unseren christlichen Werten und Zielen entsprechen.

Vielleicht ist Aids für Menschen auch eine Chance innezuhalten, ihre Lebensführung zu hinterfragen und neu sehen zu lernen.

Besonders junge Menschen, die erst am Beginn ihrer Erfahrungen mit dem anderen Geschlecht stehen, sollten Kirche, Schule und das Elternhaus Orientierungshilfen für eine verantwortete Partnerschaft aufzeigen. Dabei muß es auch darum gehen, Jugendliche gegen den verbreiteten Druck ihrer peer-group zu festigen, möglichst früh und möglichst viele sexuelle Erfahrungen zu sammeln. Wenn dies nicht über die Schiene „Angst vor Aids“, sondern über Einsicht und Verständnis in den Wert zwischenmenschlicher Beziehung geht, über das Erkennen der eigenen und des anderen Würde, wäre dies der Weg, den ich mir wünsche.

Gerade junge Menschen haben oft ein sehr feines Gespür für Doppelmoral und falsche Töne. Bei ihnen wird die Erziehung hin zu einem von christlichen Vorstellungen geprägten Sexualverhalten nur dann auf fruchtbaren Boden fallen, wenn die Generation, die für diese Jugend verantwortlich ist, selbst nach dem, was sie verkündet, lebt.

Dies besonders im Hinblick darauf, wie sie sich gegenüber von Aids Betroffenen verhält. Wo Menschlichkeit und Nächstenliebe gepredigt werden, muß sich dies an dem Schwächsten, an dem Gemiedenen auch erweisen.

Aids-Infizierte und Aids-Kranke haben es doppelt schwer. Zum einen mit dem gesellschaftlichen Mangel von „Schuld“ an ihrem Zustand

behaftet – wenn ich einmal die Gruppe der Bluter-Kranken und die der durch die Mutter infizierten Kinder ausnehme –, zum anderen fürchtet man sie aus falscher Angst vor Ansteckung. Diese Angst habe ich schon in den ersten beiden Anzeigen abzubauen versucht, indem ich ganz klar gesagt habe, daß die normalen sozialen Kontakte keinerlei Risiko darstellen. Zum ersten Punkt kann ich nur Oberkirchenrat Rolf Koppe zustimmen, der „jede Krankheit als Heimsuchung“ ansieht. Der so Betroffene braucht dann die besondere Solidarität der Gemeinschaft.

Hier bin ich sehr auf die Unterstützung der Kirchen angewiesen. Aids-Infizierte, Aids-Kranke und ihre Angehörigen dürfen nicht zu

Aussätzigen dieser Gesellschaft gemacht werden. Sie sind im besonderen Maße auf den Zugang zu den seelsorgerischen Einrichtungen und auf die Aufnahme und den intensiven Kontakt in der Gemeinde in ihren leiblichen und seelischen Nöten angewiesen.

Es gibt Wege, über die nur die Kirchen die Menschen erreichen können, wie es auch Wege gibt, die der Staat leichter beschreiten kann als die Kirchen. Dabei vereint Kirche und Staat das Ziel, Leben zu schützen und die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen zu verhindern. Ich weiß, wieviel die Kirchen dabei auf ihre Weise bewirken können.

Quelle: epd

Aids und die christliche Ethik Zehn Thesen als Denkanstoß

Wolfgang Sickinger

1. Durch AIDS droht eine Katastrophe.

Bisher ist in Bezug auf die Ausbreitung dieser Krankheit immer die negativste Prognose eingetroffen. Man geht heute davon aus, daß weltweit 5-10 Millionen Menschen infiziert sind und daß in den nächsten zehn Jahren Millionen von Menschen an AIDS sterben werden.

Über die sogenannten „Risiko-Gruppen“ hinaus ist AIDS zu einer Bedrohung für die gesamte Bevölkerung geworden. Ein wirksamer Impfstoff ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten, so daß mit einer stetigen Zunahme der AIDS-Kranken gerechnet werden muß.

Von diesen Tatsachen müssen auch Überlegungen auf der Grundlage christlicher Ethik ausgehen.

2. Aufgabe christlicher Diakonie ist es, AIDS-Kranken zu helfen.

Konkret bedeutet das: Erkrankten menschliche Nähe und seelsorgerlichen Trost anzubieten,

wie es schon immer in der Krankenseelsorge geschieht. Wenn die Befürchtungen zutreffen und in absehbarer Zeit immer mehr AIDS-Patienten in Krankenhäuser aufgenommen werden müssen, werden die Kirchenleitungen über einen verstärkten Einsatz von Krankenhaus-Seelsorgern zu entscheiden haben.

Hilfe für AIDS-Kranke bedeutet auch, ihre Isolierung und Ghettoisierung zu vermeiden. Mitarbeiter kirchlicher Krankenpflegestationen dürfen nicht die häusliche Krankenpflege bei AIDS-Patienten ablehnen.

Im Neuen Testament wird erzählt, daß Jesus auf Aussätzige zugeht und sie heilt. Auch wenn Christen das bei AIDS nicht möglich ist, können sie doch Nächstenliebe, Trost, Vergebung und die Hoffnung des Glaubens den Kranken nahebringen.

3. Für Christen ist AIDS kein Grund zu Schadenfreude oder Rechthaberei nach dem Motto: „Nun bekommen sie, was sie

verdienen!“

Krankheit und Tod sind immer Grund zur Trauer und zur Hilfe. Christen dürfen sich angesichts der AIDS-Katastrophe nicht aus der Welt zurückziehen und aus sicherer Entfernung mit dem Finger auf andere zeigen. Christen sind in die Welt gesandt, um den Ausweg und die Hilfe des Evangeliums weiterzugeben.

4. Die wirksamste Hilfe gegen AIDS steht in der Bibel: „Du sollst nicht ehebrechen!“ (2. Mose 20, 14)

Damit ist gemeint, daß die Menschen nach dem Willen Gottes zu partnerschaftlicher Bindung in lebenslanger Treue berufen sind. Dadurch werden sie nicht unterdrückt und es wird ihnen nichts Entscheidendes vorenthalten, sondern durch die Gebote Gottes sind den Menschen für ihr Leben Leitplanken gesetzt, deren Mißachtung oder Zerstörung den Sturz in den Abgrund zur Folge hat.

5. Die Bibel wendet sich an keiner Stelle gegen geschlechtliche

Liebe oder Sexualität als solche. Sie ruft aber Menschen zu einer verantwortlichen Geschlechtlichkeit, die als Richtlinie nicht das individuelle Wohlergehen nach dem Lustprinzip kennt, sondern die Liebe zum Partner im Vertrauen auf Gott.

6. Ein **wirksamer Schutz vor AIDS** erfolgt in erster Linie durch eine verantwortlich praktizierte Geschlechtlichkeit.

Das bedeutet:

Verantwortung gegenüber dem Mitmenschen, dem Partner.

Der tiefste Sinn der Liebe beinhaltet, sich selbst zurückzunehmen und auf das Glück des anderen bedacht zu sein. Deshalb ist der Partner kein Lustobjekt und kein Mittel zum Zweck der Befriedigung der eigenen sexuellen Bedürfnisse. Verantwortlich praktizierte Sexualität zielt auf Erfüllung mit einem geliebten Partner in Treue und im Miteinander-Reifen.

Wenn dagegen die eigene Lustbefriedigung als oberstes Ziel angesehen wird und dafür ständig wechselnde Sexualpartner gebraucht werden, wird der Sinn der Geschlechtlichkeit verkehrt und mißbraucht.

7. Wichtig ist die **Verantwortung des Menschen gegenüber sich selbst**.

Dazu gehören die Fragen: Was ist für mich gut? Wodurch wird mein Leben erfüllt? Wo finde ich Sinn? Wozu bin ich geschaffen?

Die Antwort auf diese Fragen ist nicht das Lustprinzip: „Ich tue, was mir Spaß macht und Lust bereitet.“ Vielmehr sind die Antworten auf der Grundlage geschöpflicher Verantwortung zu finden und haben damit etwas zu tun, daß Menschen warten können, reifer werden, Geduld haben, verzichten, treu sind.

8. Verantwortliche Geschlechtlichkeit folgt aus der Verantwortung gegenüber Gott, dem Schöpfer und Erlöser des Menschen.

Menschen sind nicht dazu geschaffen, sich an ihre Triebe und Instinkte auszuliefern. Menschen sind zum Bild Gottes geschaffen, als Männer und Frauen, die zur partnerschaftlichen Liebe bestimmt sind:

Jesus sagt: „Darum wird ein Mann Vater und Mutter verlassen und an seiner Frau hängen, und die zwei werden ein Fleisch sein. So sind sie nun nicht mehr zwei, sondern ein Fleisch. Was nun Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden!“ (Matthäus 19,5-6)

Die menschliche Geschlechtlichkeit, das „ein Fleisch werden“, ist eine gute Schöpfungsgabe Gottes. Sie wird aber zerstört und schuldhaft mißbraucht, wenn sie bindungslos und selbstherrlich ausgeübt wird.

9. Der Ausweg aus der Bedrohung durch AIDS ist letzten Endes nur im Bereich der innersten Überzeugungen, des Wertsystems und der ernstgenommenen Verantwortlichkeit zu finden.

Der Gebrauch von Kondomen kann keine Lösung sein. Werbung für Kondome mag nützlich und intensive Aufklärung notwendig sein, aber das Grundproblem wird damit noch nicht berührt: eben **die Frage, ob die Sexualität allein dem Einzelnen gehört oder ob sie auch vor Gott und dem Nächsten verantwortet wird**.

Aufgabe der christlichen Kirche ist es deshalb nicht, Kondome unter das Volk zu bringen, sondern dieses Grundproblem bewußt zu machen. AIDS stellt die hedonistische Sexualpraxis der ganzen westlichen Gesellschaft in Frage.

10. Die Frage, ob AIDS als Strafe Gottes zu verstehen ist, kann und braucht nicht beantwortet zu werden. Christliche Ethik spekuliert nicht darüber, wann und wie Gott straft. **Weil Menschen von der Gnade Gottes leben**, laden Christen zum Vertrauen auf diese Gnade ein, auch die AIDS-Gefährdeten und AIDS-Kranken.

Hinweis der Redaktion: Vgl. hierzu auch „Aus unserer Arbeit“

Unsere Autoren

Pfarrer

Wilhelm Drühe
Helenenweg 6
4020 Mettmann

Staatsminister
Albrecht Martin, MdL
Schedestr. 1-3
5300 Bonn

Professor
Dr. Trutz Rendtorff
Schellingstr. 3/III
8000 München

Professor
Dr. Willi Born
Am Schönblick 18
6349 Sinn-Fleisbach

Professor
Dr. Rita Süßmuth
Bundesministerin für
Jugend, Familie, Frauen und
Gesundheit
Kennedyallee 105-107
5300 Bonn

Pfarrer
Wolfgang Sickinger
Sunderplatz 5
4330 Mülheim/Ruhr

Chefarzt
Dr. S. C. Kampf, MdHB
Alfredstr. 9
2000 Hamburg 76

Was ist AIDS?

AIDS steht für Acquired Immuno Deficiency Syndrome, bezeichnet also ein Krankheitsbild, das durch eine erworbene Störung des Immunsystems entsteht. Entscheidender, aber möglicherweise nicht einziger Auslöser für AIDS, ist das Retrovirus HIV (Human Immunodeficiency Virus). Entdeckt wurde es kurz nacheinander 1983/84 durch Forschungsgruppen am Institut Pasteur in Paris und im amerikanischen Krebsforschungsinstitut in Bethesda/Maryland. Die Amerikaner bezeichneten es als Humanes T-Zell-Lymphotropes Virus (HTLV-III); die Franzosen nannten das Virus LAV (Lymphadenopathy assoziiertes Virus). Erst auf dem 2. Internationalen AIDS-Kongreß im Juni 1986 in Paris einigte man sich darauf, für die bislang gebräuchliche, aber umständliche Bezeichnung »HTLV-III/LAV« künftig »HIV« zu verwenden.

Mensch und Umwelt

Sieghard-Carsten Kampf

„Erst stirbt der Wald, dann der Mensch“: Mit dieser provokanten Aussage war vor einigen Jahren der Artikel einer Zeitschrift überschrieben. Ich denke, daß der Inhalt dieser Überschrift bezeichnend ist für die bisherige Einstellung vieler zum Problem der Umweltgefährdung. Erst seit Tschernobyl wird auch den Vorgängen Aufmerksamkeit geschenkt, die über die Zerstörung von Pflanzen, Gewässern und Wäldern hinausgehen.

Bisher ist die Gefährdung des einzelnen Menschen nicht so sehr im Blickpunkt des Umweltschutzes gewesen und hat deshalb in Teilen unseres Landes zu einer mehr technokratischen Umweltpolitik geführt. Wenn sich die Erkenntnis verbreitet, daß der Mensch im Mittelpunkt aller Umweltpolitik stehen sollte, dann muß auch Schluß sein mit einer Umweltpolitik, die sich allein mit dem Ziehen von Bodenproben und den Messungen von Inhaltsstoffen von Wasser und Luft beschäftigt, ohne daß die Wertigkeit für Gesundheit oder Krankheit des Menschen berücksichtigt bzw. untersucht wird. Was nützen die Unmengen von Meßdaten einzelner möglicher Schadstoffe, wenn sie nicht konsequent im Rahmen eines umweltmedizinischen Konzeptes, bei dem die Gesundheit der Bürger im Mittelpunkt steht, erklärt werden? Es muß auch darum gehen, Einzel- und Gruppenuntersuchungen in der Bevölkerung der verschiedenen

Regionen auf gezielte gesundheitliche Fragestellungen hin durchzuführen. Nur wenn jetzt bald erkannt wird, daß Medizin und Umwelt in besonderer Weise zusammengehören, haben jene Panikmacher keine Chance, die jeden Meßwert einer Substanz für umweltschädigend bzw. gesundheitsschädigend halten. Zu welcher Verunsicherung in der Bevölkerung eine solche Panikmache führen kann, hat sich vor einigen Wochen an der politisch motivierten Warnung vor dem Verzehr von Schokoladen-Osterhasen gezeigt. Hier mußte ein Meßwert herhalten, der objektiv betrachtet, in keiner Weise gesundheitsgefährdend war. Dem wirksamen Schutz von Umwelt und Gesundheit der Menschen ist mit solchen Extremen, von denen man noch viele nennen könnte, nicht gedient. Vielmehr ist es notwendig, bei allem Aktionismus einen Kompromiß zwischen Ökologie und Ökonomie zu finden. Treffend hat ein Großkonzern in einem Werbespruch konkretisiert, was das bedeuten könnte: „Wenn wir heute nichts tun, leben wir morgen wie gestern“.

Mensch im Mittelpunkt

Wir müssen aber dabei Rahmenbedingungen schaffen, die sowohl die Gesundheit von Mensch und Umwelt, als auch ein sinnvolles Wachstum der Wirtschaft ermöglichen. Bei den Umweltbelastungen ist es notwendig, zwischen den Problemen der Arbeitswelt (Einwirkung über acht Stunden pro Tag) und den Fragestellungen der Gesamt-Umwelt (24 Stunden pro Tag Einwirkung) zu unterscheiden, weil es hier auch um erhebliche Konzentrationsunterschiede geht. Wenn dies erst einmal akzeptiert ist, sollte ein Meldeverfahren über den begründeten Verdacht eines Gesundheitsschadens durch Umweltbelastungen eingeführt werden. Es kann wie in der Arbeitswelt bezüglich der gesetzlichen Unfallversicherung gestaltet werden. Hierbei können

auch die staatlichen Gewerbeärzte, die Berufsgenossenschaften, die Begutachtung durch Sachverständige, Sozialgerichtsverfahren und statistische Erfassungen einbezogen werden. Die folgenden Maßnahmen sollten in der künftigen Umweltpolitik so bald wie möglich ergriffen werden:

- Bildung einer bundesweit tätigen „umweltmedizinischen Feuerwehr“, die im Bedarfsfall die regional arbeitenden Fachleute und Einsatzgruppen qualifiziert beraten und unterstützen soll;
- Schaffung regionaler umweltmedizinischer Experten-Teams;
- Nutzung und Ausbau von Kapazitäten bei den jeweils zuständigen regionalen Gesundheitsämtern unter Einbeziehung auch niedergelassener Ärzte, d. h. also Zuweisung umweltmedizinischer Kompetenzen an die Gesundheitsämter;
- Sammlung aller Untersuchungs- und Forschungsergebnisse zu umweltmedizinischen Fragen, die laufend aktualisiert und jederzeit abgerufen werden können;
- Einrichtung von Landesinstituten für Umweltmedizin in den einzelnen Bundesländern, die insbesondere in den Bereich der präventiven und epidemiologischen umweltmedizinischen Forschung, Therapie, Aus- und Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit tätig werden sollen.

Dies ist nur eine kleine Auswahl eines viel umfangreicheren Maßnahmenkataloges.

Jeder trägt Verantwortung

Wichtig ist aber auch die Förderung des persönlichen Umwelt-Verhaltens. Was für den einzelnen Bürger harmlos wirkt, kann bei millionenfacher Anwendung zu einer globalen Gefahr werden. Der Ausbau von Umweltschutz-Informationen für die Bevölkerung ist deshalb dringend notwendig, denn ein großer Teil der ständig zunehmenden Problematik geht auch von den Privathaushalten aus. Beispielsweise produziert jeder Bürger pro Jahr etwa das Neunfache seines Körper-



Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB, stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender, Landesvorsitzender des EAK in Hamburg

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche ● Redaktion: Erhard Hackler, (verantwortlich), Birgit Heide, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon: (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM ● Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

gewichtes an Müll. In der Bundesrepublik Deutschland sammeln sich jährlich in den Privathaushalten ca. 27 Millionen Tonnen Müll an. Dieser Müllberg auf Güterwagen verteilt, würde eine Strecke von Frankfurt bis Australien ergeben. Wenn wir also demnächst nicht in unserem Müll „ersticken“ wollen, müssen wir neue Wege gehen, bis hin zur Konzeption völlig neuer Müllbeseiti-

gungsverfahren und zur Schaffung eines neuen verantwortungsvollen Verhaltens.

Wir müssen heraus aus dem Gestrüpp einer unübersichtlichen Meßdatenflut, müssen das Kompetenzwirrwarr der verschiedenen zuständigen Behörden beseitigen und Schluß machen mit einer technologischen und bürokratischen Umweltpolitik. Spätestens Tscherno-

byl hat gezeigt, daß die Gesundheit des Menschen bei den künftigen Umweltdiskussionen an erster Stelle steht. Die Losung des Kirchentages aus dem Johannes-Evangelium: „Seht, welch ein Mensch“ ruft uns eindringlich ins Gewissen, welche Verantwortung wir für Mensch und Umwelt auch in der Politik zu tragen haben.

Aus unserer Arbeit

Forderung nach verantwortlichem Umgang mit der Sexualität

Gießen. Aids auf Glanzpapier, auf dem Bildschirm, auf der Kinoleinwand, in eilig herausgegebenen Broschüren und Faltblättern bietet ein anderes Bild als im direkten Kontakt mit Erkrankten: „Bei mir befinden Sie sich im Wartezimmer des Todes.“ Ein junger Mensch, der voller Bitterkeit den Klinikseelsorger solcherart begrüßt – andere Patienten, so aufgezehrt von Verzweiflung, daß sie absolut unansprechbar werden: Nicht allein, daß sich unser gesamtes Gesundheitswesen mit der noch immer und wohl noch auf lange Zeit unheilbaren Seuche einer bisher nie dagewesenen Herausforderung gegenübersteht. Auch die seelsorgerische Begleitung der Kranken wirft völlig neue Probleme auf. Der Gießener Klinikseelsorger Pfarrer **Dr. Werner Stroh**, selbst in dieser Arbeit tätig, ist überzeugt, daß über kurz oder lang die Kirchenleitung der neuen Lage Rechnung tragen und zusätzliche, entsprechend qualifizierte Seelsorger entsenden muß. Bei einem Gesprächsabend des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU im „Martinshof“ unter Leitung des Kreisvorsitzenden **Klaus Frommelt** standen weniger medizinische und seuchenhygienische Fakten im Vordergrund als vielmehr der „Umgang mit Aids“. Über-

einstimmend vertraten dabei die Gesprächspartner die Forderung nach einer verantwortungsvollen Sexualität.

Nach einleitenden Statements artikuliert sich aus dem Kreis der Teilnehmer unüberhörbar Unbehagen an der bisherigen Aufklärungsstrategie. Tenor: Ethische Fragen und moralische Wertvorstellungen hinsichtlich des Sexualverhaltens blieben dabei weitgehend ausgespart. Dies konstatierte auch **Walter Corell**, der namens des Kreisverbandes der CDU Grüße überbrachte. Eine prominente Gießener Medizinprofessorin mit erschütternden Erfahrungen meinte: Nicht „mit einer Schicht Latex“ lasse sich das Problem bewältigen, und „Jeder Partner weniger ist eine Chance mehr, nicht an Aids zu erkranken“.

Auf diesen Aspekt angesprochen, zeigte sich Dr. Stroh davon überzeugt, daß die Treue von Mensch zu Mensch eine „neue Qualität“ bekommen wird. **Dr. Bela Szalay**, der im Gießener Gesundheitsamt das Arbeitsgebiet Aids betreut und der über die angebotenen Hilfen referierte – von den anonymen Tests bis zu Aufklärungsmaßnahmen – räumte ein: „Der sicherste Weg, Aids zu entgehen, ist die feste Beziehung von zwei Nichtinfizierten“. Als ein „Menetekel“ – eine Warnung, ähnlich der Schrift, die an Belsazars Wand erschien – sieht auch **Dr. Zickgraf** persönlich die Seuche. Nach der Darstellung der Position der Gesundheitsminister der Länder

sagte der Leiter der Gesundheitsabteilung im hessischen Sozialministerium, Aids verpflichte zu der Überlegung, ob in der zurückliegenden Zeit mit der Sexualität richtig umgegangen worden sei. Allerdings sei dies eine Frage an jeden einzelnen; der Staat könne der Gesellschaft keine moralischen Normen vorgeben – eine Auffassung wiederum, die von einem der Diskussions Teilnehmer nicht unbedingt akzeptiert wurde: Der Staat setze doch bei jedem Gesetz und jeder Verordnung Normen.

EAK-Kreisvorsitzender Frommelt hatte einleitend zu bedenken gegeben, daß Politik nicht nur aus der Schaffung von Paragraphen und dem Umgang mit ihnen besteht, sondern daß der Maßstab für politisches Handeln die Frage sein müsse, wieviel Eigenverantwortlichkeit und Mündigkeit man den Mitbürgern zutraue. Evangelischen Christen müßte auch klar sein, daß Krankheit nicht als Strafe Gottes mißverstanden werden dürfte. „Von hier aus kann der Blick dafür frei werden, den Wert der Verantwortung für das eigene Leben und das Wohl anderer Menschen zu sehen“. Nicht Abschreckung durch Strafandrohung noch Zwangstests noch namentliche Meldepflicht könnten der entscheidende Ansatz für den Umgang mit Aids sein. Es werde um die Werterkenntnis des einzelnen, persönliche Entscheidung und eigene Motivation gehen.